

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

EU-Migrationspolitik

Die EU-Kommissarin für Inneres Ylva Johansson erklärte auf einer [Pressekonferenz](#) im Anschluss an ihren Besuch des Hotspots Lampedusa mit dem italienischen Innenminister Matteo Piantedosi und dem Präfekt Valerio Valenti, dass kein EU-Mitgliedsstaat hinsichtlich der Migrationspolitik allein gelassen werde. Sie kündigte eine finanzielle Unterstützung Italiens und die [solidarische Aufteilung der Verantwortung](#) zwischen den EU-Ländern an. Die Anfang Juni von den EU-Innenminister*innen erzielte Einigung sieht **Solidaritätsverpflichtung** vor, wonach die EU-Mitgliedstaaten stark belastete Länder mit der Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten und Migrant*innen (Umsiedlung) unterstützen oder alternativ 20.000 Euro für jede nicht umgesiedelte Person zahlen müssen. Johansson betonte auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den [Herkunfts- und Transitländern](#). Piantedosi machte darauf aufmerksam, dass Lampedusa aufgrund der geografischen Lage stets ein Ort der Erstanlandung und des [Transits](#) sein werde, der nun jedoch immer zügiger entlastet werden solle. Man arbeite daher daran, eine geordnete Verwaltung zu ermöglichen, die sowohl humanitäre Aspekte als auch die Sicherheit der Insel berücksichtige.

[Polen und Ungarn](#) beharren weiter auf **Einstimmigkeit** bei der Abstimmung über Fragen der europäischen Migrationspolitik und kritisieren den Modus der Mehrheitsentscheidung, welcher von den 27 EU-Minister*innen Anfang Juni vorgelegt wurde. Dadurch verlangsamt sich die Umsetzung der [neuen EU-Migrationsvereinbarungen](#) (siehe hierzu unsere [Veröffentlichung](#) „Deonstruktion des Solidaritätskonzept der EU“).

Giorgia Meloni und andere EU-Staatschefs wiesen am Rande des EU-Treffens in Brüssel darauf hin, die Zusammenarbeit mit Tunesien als „Modell“ für

Beziehungen zu anderen sog. „Herkunfts- und Transitländern“ (Drittstaaten) zu nehmen. EU-Kommissionschefin [Ursula von der Leyen](#) kündigte zusätzliche Finanzmittel in der Höhe von rund **12 Millionen Euro** an, die für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten aufgewendet werden sollen. Sie hofft auch auf [neue Vermittlungsbemühungen](#) zwischen den EU-Staaten, um bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode eine Einigung in den Fragen der europäischen Migrationspolitik zu erzielen. In der Vergangenheit haben diese Bemühungen selten zu einer Verbesserung der politischen und humanitären Situation von Geflüchteten und Migrant*innen geführt, sondern das **Migrations- und Grenzregime weiter verhärtet**.

Die Menschenrechtskommissarin des Europarates [Dunja Mijatovic](#) beklagte die zunehmende Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Libyen und Tunesien, um die Bewegungen der Migration in Richtung Europa zu blockieren. Die **Menschenrechtslage in diesen Ländern bliebe seitens der EU unberücksichtigt**. Als Beispiel hierfür lässt sich das neue [Abkommen zwischen der EU und Tunesien](#) heranziehen, welches die Blockade von Migrationsbewegungen in Richtung Italien anstrebt.



Tunesisch-libysche Grenze Ras Ajdir

Das Abkommen sieht eine anfängliche Finanzierung von 150 Millionen Euro vor, mit Aussicht auf weitere 900 Millionen Euro im Austausch für eine umfassende Zusammenarbeit mit Libyen, v.a. im wirtschaftlichen Sektor und im Bereich des Grenzmanagements. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, werfen aber ein trügerisches Bild auf Tunesien, welches zunehmend

rassistisch und gewaltvoll gegenüber Migrant*innen agiert. [Bilder](#) aus dem Inneren des Bahnhofs von Sfax, wo sich schwarze Migrant*innen auf die Abfahrt in die Hauptstadt Tunis vorbereiteten, zeigen die körperliche Gewalt und menschenverachtende Vertreibung von migrantischen Einwohner*innen aus ihren Häusern und öffentlichen Räumen. Wie mehrere Nicht-regierungsorganisationen anprangerten, werden außerdem immer wieder Erwachsene und Kinder aus Ländern südlich der Sahara mitten in der [tunesischen Wüste](#) ohne Wasser und Nahrung ausgesetzt und **zur Rückkehr gezwungen**. Der tunesische Präsident [Kais Saied](#), der die migrationsfeindliche und rassistische Stimmung in Tunesien maßgeblich fördert, betont immer wieder, dass er nicht dulde Tunesien zu einer Transitzone für



Auf der Straße nach Libyen

Menschen aus afrikanischen Ländern zur Verfügung zu stellen, ebenso wenig kümmere sich Tunesien um den Grenzschutz Europas (siehe hierzu auch die [letzte Ausgabe](#) des Sciroccos).

Italienische Politik

Auf Lampedusa wurden vier Migrant*innen festgenommen, die nach ihrer Abschiebung nach Italien [zurückgekehrt](#) sind. Ihnen ist die Wiedereinreise nach Italien verboten. [Harry](#) hingegen, ein sudanischer Asylsuchender, der 2018 aus Italien abgeschoben wurde, hat nun einen **langwierigen Prozess gegen die italienischen Behörden gewonnen**. Er kann voraussichtlich nach Italien zurückkehren, sobald die italienische Botschaft seine neuen Reisedokumente aus Libyen vorgelegt hat. Das Unterstützungsprojekt JLProject

fordert die italienische Regierung dazu auf, diese Dokumente endlich unverzüglich freizugeben.

Der neue Bericht „[The Crotone Cover Up](#)“ des Investigativrecherche-Netzwerks [Lighthouse Reports](#) zeichnet das **willentliche Versagen** der italienischen Finanzpolizei, der Küstenwache und Frontex bei dem dramatischen Schiffunglück von Cutro am 26. Februar diesen Jahres mit 94 Toten, darunter 35 Kinder, nach (siehe [hier](#) und [vorherige Ausgaben](#) des Sciroccos). Der Bericht zeigt, wie die italienischen Behörden über ihre Beteiligung an der Cutro-Katastrophe **gelogen** haben und Frontex diese falsche Version der Ereignisse unterstützt hat. Die Anwält*innen der betroffenen Familien wollen den Fall nun vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen, wo sie Italien für das Schiffunglück und die vielen Todesopfer als verantwortlich erklären wollen.

Die italienische Präsidentin Giorgia Meloni besuchte im Rahmen des [Warschau-Forums](#) den **österreichischen Bundeskanzler** Karl Nehammer und betonte die gemeinsamen Positionen der beiden Nachbarländer im Bereich der europäischen Migrationspolitik im EU-Rat. Auch verwies sie auf große Übereinstimmungen mit Polen. Die beiden Regierungen verfolgen eine [migrationsfeindliche Politik](#) mit einem Fokus auf die Eindämmung sog. irregulärer Einwanderung und der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern im Rahmen der Externalisierung des europäischen Grenzregimes und Unterstützungsleistungen vor Ort, welche die Bewegungen der Migration von einer Weiterreise in die Europäische Union abhalten sollen.

Die italienische Politikerin und Vorsitzende der Partito Democratico (PD), [Elly Schlein](#), **kritisiert Meloni** für ihre Warschaureise. Sie forderte u.a. das "ius soli" wieder aufzugreifen und das Bossi-Fini-Gesetz abzuschaffen, um einen legalen Zugang nach Italien zu schaffen – nicht nur für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine, sondern auch für diejenigen, die auf der Suche nach einem besseren Leben nach Europa kommen. Auf europäischer Ebene forderte Schlein eine Reform der Dublin-

Verordnung sowie eine staatliche, europäische Such- und Rettungsmission, ein Stopp der Kriminalisierung von NGOs und die Schaffung sicherer und legaler Zugangswege mit humanitären Visa in den Botschaften der Transitländer.

Die Zahl der **Abschiebungen** aus Italien während der ersten sechs Monate dieses Jahres ist im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um **32 Prozent** gestiegen. Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi strebt an, das Abschiebungssystem trotzdem noch „effektiver“ zu gestalten und beschleunigte Verfahren (welche nicht nach den individuellen Schutzgründen von Asylsuchenden und Geflüchteten fragt) unmittelbar nach der Anlandung an den italienischen Küsten einzuführen.

News aus Lampedusa

Trotz des neuen Betreibers des Hotspots Contrada Imbricola, dem italienischen Roten Kreuz (Croce Rossa), und der täglichen Schiffstransfers zwischen Lampedusa und dem sizilianischen Festland überstieg der Hotspot Lampedusa Ende Juni aufgrund der zahlreichen Anlandungen – vor allem aus Sfax (Tunesien) – mit **über 3.200 Gästen** erneut seine **Auslastungsgrenze**. Trotz der Aufstockung des Schiffstransfers befinden sich zum um den 10. Juli herum noch immer etwa 1.500 Menschen im Hotspot auf Lampedusa. Von den geretteten Personen berichteten mehrere, dass es in internationalen Gewässern zu einem Schiffbruch gekommen sei und einige Menschen an Bord vermisst werden. Während eines Transfers von Lampedusa an das sizilianische Festland Ende Juni verharnte eines der Schiffe mit über 500 Menschen an Bord **acht Stunden lang** in der **brennenden Sonne**, bevor es nach Augusta und Catania weiterfuhr – eine stressvolle und retraumatisierende Situation für die Menschen an Bord, deren gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer gerade erst hinter ihnen liegt. Der **Europäische Gerichtshof** hat Italien nun wegen der **unmenschlichen Behandlung von Migrant*innen und Geflüchteten** in diesem Hotspot auf Lampedusa verurteilt. Das Urteil ist endgültig, da die italienische Regierung es nicht anfechten wird.

Situation der Geflüchteten

Ein neuer Bericht von **Coalizione italiana Libertà diritti civili** untersucht das Geschäft mit der Inhaftierung von Migrant*innen in italienischen Abschiebegefängnissen (CPR): Ein Geschäft, deren Umsatz sich im Bereich von 56 Millionen Euro zwischen 2019 und 2023 bewege und an dem multinationale Unternehmen beteiligt seien. Der Bericht untersucht die Ausschreibungen der Zentren für Abschiebungshaft (CPR) und fragt, welche Akteure in den Betrieb und die zahlreichen **öffentlich gewordenen Skandale** dieser Zentren verwickelt sind.

Anfang Juli kam es im **Abschiebezentrum** von **Pian del Lago** in Caltanissetta zu Aufruhr unter den rund 50 migrantischen Gefangenen.

Am 19. Juni wurde eine Gruppe **Migrant*innen in Kalabrien angegriffen**. Zwei der Betroffenen wurden bei diesem Angriff, bei dem auch Metallstangen zum Einsatz kamen, verletzt, einer von ihnen schwer. Nun wurde ein **23-jähriger Italiener** als potenzieller Täter festgenommen.

Erneut **starb ein Mensch bei dem Versuch, die französisch-italienische Grenze zu überqueren**. Er ertrank im Fluss Roja in Ventimiglia nahezu ein Jahr nachdem dort ein 36-jähriger Somalier unter gleichen Umständen zu Tode kam. Mit den Slogans "Leben auf der Straße tut weh" und "**Gleichgültigkeit tötet**" erinnerten etwa 30 italienische und französische **Aktivist*innen des no-border-movements** an all diejenigen, die bei dem Versuch, diese Grenze zu überqueren, ihr Leben verloren haben.



Foto: No borders Ventimiglia

Gianfranco Schiavone, Präsident des italienischen Solidaritätskonsortiums (ICS), kritisierte die Behörden

von Triest aufgrund der Darstellung kontinuierlicher Ankünfte über die Balkanroute als „Krise“. Daten würden zeigen, dass sich die Zahl derer, die in Triest bleiben trotz des Anstiegs der Ankünfte nicht verändert hätten. Die vermeintliche „Krise“ sei nichts anderes als eine von der lokalen Verwaltung geförderte **mangelnde Aufnahme**, die Hunderte Menschen auf die Straße setze und für große Verunsicherung Sorge. So protestierten rund **80 Asylsuchende** vor der Präfektur in Triest für **bessere Aufnahmebedingungen**. Aufgrund schlechter Aufnahmestrukturen sind dort nach wie vor rund 300 Menschen gezwungen, auf der Straße zu leben.

Die drei Palästinenser **Fares, Walid und Ayman** sitzen in Catania (Sizilien) im Gefängnis, weil sie verdächtigt werden, Schmuggler zu sein. Ihnen geht es körperlich sehr schlecht und doch wollen sie sich mit einem **Hunger- und Durststreik** Gehör verschaffen – trotz des Wissens darüber, dass erst vor kurzem zwei weitere Insassen des Gefängnisses von Augusta nach einem langen, ungehörten Protest gestorben sind. Die Nachricht des Hunger- und Durststreiks von Fares, Walid und Ayman ist dank Anwält*innen und Verbänden an die Öffentlichkeit gelangt. Sie haben nun den Garanten für die Rechte der Gefangenen über den Protest informiert.

Der **nationale Gewerkschaftsbund Cgil** von Siena berichtet über die großen wirtschaftlichen Hindernisse, die Migrant*innen in Hinsicht auf das „Flussi-Dekret“ gemeldet haben. Dies legt die Einreisequoten aus Drittstaaten zu Arbeitszwecken fest. So sollte beispielsweise eine Bescheinigung über die Eintragung der Aufenthaltsgenehmigung ausreichend sein, um in Italien ein Bankkonto zu eröffnen – in der Realität würden die Banken allerdings häufig die Aufenthaltsgenehmigung selbst, deren Ausstellung sehr lange dauert, fordern (zum Thema Bankkonten sieh auch [hier](#)). Die Cgil appelliert an die lokalen wie auch an die nationalen Behörden, diese Hindernisse zu beseitigen. Über die **bürokratischen Blockaden**, mit denen Migrant*innen in Italien konfrontiert sind und welche den Alltag und das Ankommen in Italien

massiv behindern, berichtete Arci Porco Rosso immer wieder [hier](#).

Laut **Icar** (Italienische Konferenz über Aids und antivirale Forschung) in Bari ist die migrantische Bevölkerung Italiens deutlich stärker von Aids und Syphilis betroffen als der italienische Durchschnitt. Dabei infizieren sich zwei von drei Migrant*innen in Italien aufgrund der **schwierigen Lebensbedingungen**, die durch Armut und Ausbeutung verursacht werden. Das sind alarmierende Erkenntnisse, da zahlreiche dieser Infektionen im Rahmen einer humanen Aufnahmepolitik vermieden werden könnten.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.